

Radweg-Diskussion an der Max-Planck-Straße: CDU stellt sich gegen Pläne

Der Radwegausbau in Verden sorgt für Unmut: Anlieger fühlen sich uninformiert, während die CDU eine breitere Fahrbahn fordert.

Der geplante Ausbau des Radwegs an der Max-Planck-Straße in Verden wirft erneut Fragen auf und sorgt für Widerstand. Während einige Anwohner die Notwendigkeit der Baumaßnahme in Zweifel ziehen, bringt die CDU eine andere Perspektive in die Diskussion ein.

Strittige Baumaßnahme im Detail

In den letzten Wochen hat sich der Streit um die geplante Investition von 1,6 Millionen Euro zum Bau eines Zweirichtungsradwegs auf der Südseite der Max-Planck-Straße verstärkt. Obwohl aus Berlin 382.000 Euro an Fördermitteln zur Verfügung stehen, müssen Stadt und Anwohner den Restbetrag gemeinsam tragen. In einer Zählung im April wurden auffällig viele Fahrzeuge, inklusive 564 Lastwagen, in der Umgebung gezählt. Diese Zahlen werfen die Frage auf, ob der Fokus auf den Radweg an der Max-Planck-Straße richtig gesetzt ist.

Unzureichende Kommunikation mit Anliegern

Ein zentraler Punkt der Kritik betrifft die unzureichende Einbeziehung der Anwohner in den Entscheidungsprozess. Jens Richter, Fraktionschef der CDU, bemängelt, dass die Stadt bislang keine Informationen über die geplanten Maßnahmen an

die Anlieger weitergegeben hat. "Wir möchten die Anwohner befragen, um deren Meinungen und Bedürfnisse zu berücksichtigen", so Richter. Diese Forderung ist besonders relevant, da einige Anwohner, wie der Firmeninhaber Burkhard Reipert, darauf hinweisen, dass der bestehende Radweg vor ihrem Betriebsgebäude tatsächlich in gutem Zustand ist und andere Bereiche einen höheren Bedarf an Verbesserungen aufweisen.

Verkehrssicherheit in Gefahr

Die CDU bringt in ihrer Argumentation die Sicherheitslage für Kraftfahrzeuge ins Spiel. Bei bestehenden Planungen sieht die Fraktion die Gefahr, dass die Verkehrssicherheit in der Max-Planck-Straße weiter leidet. "Die breitere Fahrbahn für Lastwagen und Autos könnte durch den Radwegausbau eingeschränkt werden", sagt Richter und hebt hervor, dass eine ursprüngliche Planänderung auf sieben Meter Fahrbahn möglicherweise nicht mehr realisierbar ist.

Zeitdruck und bevorstehender Beschluss

In Anbetracht des herrschenden Zeitdrucks wird am kommenden Dienstag ein Beschluss des Stadtrates erwartet. Dies könnte das letzte Wort in einer Debatte sein, die sowohl die Verkehrsinfrastruktur als auch die Interessen der Anlieger betrifft. Der Konflikt in Verden um den Radweg ist nicht nur ein lokales Thema, sondern zeigt auch einen weitergehenden Trend, bei dem die Interessen von Radfahrern, Autofahrern und Anwohnern in Einklang gebracht werden müssen.

Abschließend bleibt die Frage, ob die Verantwortlichen in Verden die verschiedenen Bedürfnisse der Verkehrsteilnehmer ausreichend berücksichtigen können, um eine sichere und funktionale Lösung zu finden.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de